

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verkaufspreis: 10 Pfennig
Abonnement: 30 Pfennig
Redaktion: Dresden, M. L. Waisenstraße 20/21

Druck: 1000 Exemplare
Verleger: Dresdner Nachrichten-Verlag
Dresden, M. L. Waisenstraße 20/21

Druck: 1000 Exemplare
Verleger: Dresdner Nachrichten-Verlag
Dresden, M. L. Waisenstraße 20/21

Deutschland nimmt Englands Einladung an

Frankreich macht Vorbehalte - Rückfragen Sardiens

Berlin, 29. März. Wie wir erfahren, hat die deutsche Regierung im Prinzip ihre vorläufige Zustimmung zur Einladung der englischen Regierung, an einer Viermächtekonferenz über die Donau-Probleme teilzunehmen, gegeben. Die Entscheidung darüber, wann die von der englischen Regierung angeregte Viermächtekonferenz stattfindet und ob der Reichsfanzler eventuell auch an den Vorbesprechungen in London teilnimmt, ist noch nicht gefallen.

Im Auswärtigen Amt sieht man der englischen Anregung, wie mitgeteilt wird, sympathisch gegenüber. Allerdings hat es den Anschein, als ob der Reichsfanzler seine Dispositionen zu dem Wahlfeld nicht gern ändern möchte und unter Umständen sogar bereit ist, auf eine Reise nach London zu verzichten, wenn dadurch keine Tätigkeit im Wahlkampf für den zweiten Präsidentenwahlkampf beeinträchtigt werden könnte. Es ist kein Wunder, daß unter diesen Umständen in politischen Kreisen erneut und mit großem Nachdruck die Forderung erhoben wird, daß Deutschland endlich das Außenministerium, das bisher vom Reichsfanzler mitverwaltet wird, wieder besetzt, damit die außenpolitischen Möglichkeiten nicht auf Grund innerpolitischer Rücksichten in Frage gestellt werden.

London, 29. März. In den Berichten der Londoner Presse über die von England vorgeschlagene Zusammenkunft von Vertretern der vier Großmächte zur Erörterung der Donaufrage wird mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß diese Konferenz verschoben wird und daß am kommenden Wochenende nur ein Besuch Sardiens bei MacDonald stattfinden wird. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph meldet, die französische Antwort auf die englische Einladung werde heute in London überreicht werden. Frankreich werde möglicherweise eine Verschiebung der Viermächtekonferenz auf einen Zeitpunkt nach dem Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz und als Tagungsort Genf vorschlagen. Bei den Verhandlungen würden die finanziellen Fragen eine ebenso große Rolle spielen wie die wirtschaftlichen. Die Franzosen hätten vorgeschlagen, daß England und Frankreich den am meisten bedürftigen Staaten finanzielle Unterstützung leisten. Allen Anschein nach werde sich auch Italien an der finanziellen Hilfeleistung beteiligen, da dieser Vorschlag zuerst von Rom ausgegangen sei.

Paris wünscht „geschlossene Front“ gegen Italien und Deutschland

Paris, 29. März. Die Reise des französischen Ministerpräsidenten Laval nach London, wo er sich mit dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald über den Donauplan unterhalten wird, ist grundsätzlich für Ende dieser Woche beschlossen. Der endgültige Zeitpunkt wird jedoch voraussichtlich erst im Laufe des heutigen Dienstag festgelegt werden, da man in hiesigen amtlichen Kreisen noch einige Auffklärungen des französischen Vorkämpfers in London erwartet. Man betont in diesem Zusammenhang, daß die Absichten MacDonalds und des Außenministers Simon bisher nicht klar zum Ausdruck gekommen seien und daß Sardien großen Wert darauf lege, vor seiner Abreise genau über die Ziele unterrichtet zu werden, die man englischerseits mit der Besprechung zu Zweien (1) verfolge.

Die Einladung der englischen Regierung an die anderen Großmächte wird in der hiesigen Presse ganz verschieden beurteilt. Während die Reichsbücher die Auffassung vertreten, daß eine vorübergehende Verständigung zwischen Frankreich und England notwendig sei, um erst dann den Kreis der beteiligten Großmächte zu erweitern, weil die gemächte und die Einkopie darauf hin, daß die Besprechungen zu Zweien noch niemals glückliche Ergebnisse gezeitigt hätten. Man erinnert in diesem Zusammenhang an die Reisen des Ministerpräsidenten Laval nach London, Washington und Berlin, deren Ergebnisse sehr mager gewesen seien. Die Reichsbücher betonen jedoch, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England um so wünschenswerter sei, als sie die einzigen seien, die den zu wünschenden Donaubund finanziell unterstützen würden. Erst nach einer vollständigen Einigung zwischen den beiden Mächten dürfe man Deutschland und Italien zu den Besprechungen hinzuziehen, um dann den Forderungen dieser beiden Staaten eine geschlossene Front gegenüberstellen zu können. Der außenpolitische Berichterstatter des „Excelsior“ betont im Zusammenhang mit der englischen Einladung, die französische Regierung werde sich einer Viermächtekonferenz nicht widersetzen. In amtlichen französischen Kreisen sei man jedoch der Auffassung, daß eine Einladung zu Vierern viel mehr Aussicht auf Erfolg haben würde, wenn vorher eine französisch-englische Einigung erzielt worden sei.

Washington begünstigt den Donaubund-Plan

Washington, 29. März. Infolge einer leichten Grippe ist die Konferenz mit Norman D. Davis, dem Mitglied der Vereinigten Staaten auf der Abrüstungskonferenz, nicht zustande gekommen. In amtlichen Kreisen

Washington richtet sich die Aufmerksamkeit auch mehr auf die Donau-Pläne als auf die Abrüstung.

In maßgebenden Kreisen betrachtet man nämlich die französischen Donauvorschlüsse tatsächlich als eine Ummodellierung politischer Punkte des Versailler Vertrages in wirtschaftliche Bestimmungen.

Es herrscht die Auffassung vor, daß Deutschland mit Frankreich übereingekommen ist, dem beabsichtigten Donaubund nicht zu widersprechen (?) und keine besonderen wirtschaftlichen Vorteile anzustreben. Eine derartige Zustimmung Deutschlands würde nach Auffassung Washingtoner politischer Kreise bedeuten, daß Deutschland darauf verzichtet, weitere deutsch-österreichische Zollunionen wieder aufleben zu lassen.

In amtlichen Kreisen läßt man zwar vorläufig noch Zurückhaltung, doch wird der Donaubund-Plan offenbar begünstigt.

Es herrscht die Ansicht vor, daß die Bildung eines oder mehrerer natürlicher Wirtschaftsgebiete mit gleichförmigen Zollmauern an Stelle von Zollmauern um jedes kleine Land der allgemeinen Wirtschaftsbelebung dienlich sein kann.

Einstellung der Feindseligkeiten in Fernost?

Ein japanisch-chinesisches Übereinkommen

Schanghai, 29. März. Einer amtlichen japanischen Meldung zufolge ist heute früh zwischen Japan und China ein Abkommen getroffen worden, wonach alle japanisch-chinesischen Feindseligkeiten vollständig eingestellt werden sollen. Wie dazu von chinesischer Seite noch bekannt wird, ist allerdings eine Einigung über die wichtige Frage der Rücknahme der japanischen Truppen noch nicht geblüht. Die Besprechungen sollen am 31. d. M. fortgesetzt werden.

Die Völkerbundskommission ist am Montag in Hankow eingetroffen.

Valera lehnt Kompromisse ab

Lissabon, 29. März. Ministerpräsident de Valera hat die Antwort auf die englische Note in der Frage des Treueides und der Entschädigungszahlungen fertiggestellt. Die Antwort wird dem irischen Kabinett in den nächsten Tagen zur Zustimmung vorgelegt werden. Wie von unrichtiger Seite verlautet, wird sich die irische Regierung auf keinen Fall Kompromisse in der Frage des Treueides einlassen und Irland unbedingtes Recht auf dessen Entfernung aus der Verfassung betonen. In der Frage der Entschädigungszahlungen wird sie sich im Notfall zur Annahme eines schiedsrichterlichen Urteils bereit erklären. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß de Valera

Groener dementiert

Berlin, 29. März. Von haldamtlicher Seite wird mitgeteilt: In einigen Zeitungen wird behauptet, Reichsminister Groener habe den nationalsozialistischen Befehl über die Zusammenziehung der SA-Mannschaften am Wahltage vorher gekannt. Vom Reichsinnenministerium wird demgegenüber festgestellt, daß diese Behauptung nicht zutrifft. Der Minister hatte lediglich Kenntnis von der Tatsache, daß die SA-Verste in besonderen Unterkünften zusammengezogen werden sollten. Der Befehl selbst oder der Entwurf eines Befehles hat dem Minister nicht vorgelegen. Im übrigen hat der Minister vorübergehend die schwersten Bedenken gegen derartige Pläne gehabt. Dem Wortlaut des Befehles hat er erst bei dem Besuch des nationalsozialistischen Abg. Dr. Frank II am Freitag, dem 18. März, eingesehen. Bei diesem Besuch hat Minister Groener erklärt, daß er sofort gegen derartige Pläne Einspruch erhoben haben würde.

Verstärkte Pressepropaganda der NSDAP.

München, 29. März. In einer von der Nationalsozialistischen Parteiforrespondenz veröffentlichten Rundgebung Hitlers wird für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl eine umfassende Pressepropaganda angekündigt. Die gesamte nationalsozialistische Presse werde ab Ende März auf zehn Tage in beschränktem Umfang, aber in einer verdreifachten bis vervielfachten Auflage erscheinen.

Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, fand in der Münchner Gauleitung und Schriftleitung des Gauorgans „Die Front“ eine politische Hausführung nach neu herausgegebenen Parteigelungen statt. Ueber 1400 Nummern

„Graf Zeppelin“ vor der Landung

Paris, 29. März. „Graf Zeppelin“ hat heute früh 8,47 Uhr die französische Schiffe bei St. Maries de la Mer erreicht. Um 11,40 Uhr MEZ, befand sich das Luftschiff über Palence. Die Landung in Friedrichshafen dürfte gegen 17 Uhr erfolgen.

Verbesserungen im Luftfahrplan

Berlin, 29. März. (Eigene Drahtmeldung.) Mit dem 1. April wird eine Reihe wichtiger internationaler Luftverbindungen wieder aufgenommen. Die Strecke München-Venedig-Rom wird von diesem Zeitpunkt ab sechsmal in der Woche, die Linie München-Innsbruck-Wagen-Trient-Mailand dreimal in der Woche besolagen werden. Weiter wird der Betrieb wieder aufgenommen auf den Strecken Berlin-Damburg-Ropenhagen-Malmö sowie Prag-Dalle-Weizsäcker-Essen-Rotterdam-Amsterdam und schließlich auf der Post- und Frachtlinie Berlin-Dannover-Köln-London.

Chiles Bericht auf den Goldstandard. Der Senat von Chile hat mit 17 gegen 6 Stimmen dem Gesetzentwurf über den Bericht Chiles auf den Goldstandard zugestimmt.

auch die Zurückhaltung anderer Zahlungen an England beabsichtigt.

Das Haus des früheren irischen Ministerpräsidenten Cosgrave wird ständig von Detektiven, Soldaten und Polizisten bewacht. Die republikanische Armee hat einen großen Anmusterungsaufruf eröffnet. Arbeitslose Männer werden von den Werbemännern auf der Straße angesprochen und zum Eintritt in die republikanische Armee aufgefordert.

„Litauen macht sich lustig“

Paris, 29. März. „Avenir“ nimmt heute erneut zum Remontekrieg Stellung und schreibt: „Litauen macht sich über den Völkerbund und die Großmächte lustig. Bei der letzten Völkerbundtagung hat Jaanus die Versicherung gegeben, daß sein Land keine Neuwahlen unter dem Belagerungsstand ausbrechen werde. Jetzt läßt Jaanus durch die ihm ergebenden Blätter anknüpfen, daß dieser Teil seiner Versprechungen vielleicht nicht gehalten werden würde. Man spricht auch von einer möglichen Veränderung des Wahlgesetzes, um den schädlichen Einfluß der politischen Parteien auszuschalten.“ Alles das verpricht nichts Gutes. Die bestehenden Verträge geben den Mächten aber die Möglichkeit, aus dieser Sachlage herauszukommen. Die beiden miteinander lebenden Mächte müssen die gleichen Rechte haben; die Methode der zwangsweisen Lituanisierung darf den deutschen Revisionisten keine Argumente liefern. Ob Mehrheit oder Minderheit, die Remontekriegler dürfen nicht von einer Macht schikaniert werden, die das Gebiet nur gegen präzisere Verpflichtungen erhalten hat.“

wurden beschlagnahmt, weil durch die Verteilung dieser Zeitungen das Flugblattpropagandaverbot umgangen würde. Vier SA-Männer sind nach der gleichen Quelle verhaftet worden, da bei ihnen mehrere Zeitungen vorgefunden wurden. Wegen der Beschlagnahme hat die Schriftleitung Einspruch erhoben.

Kommunistische Geheimdruckerien ausgehoben

Hamburg, 29. März. Ermittlungen der hamburgischen Staatspolizei im Zusammenhang mit der politischen Polizei in Altona führten zur Aushebung von zwei Damburg-Druckereien und zur Festnahme mehrerer Personen. In einer der Druckereien wurden illegale kommunistische Druckschriften, darunter eine Folienbeamtenzeitung und die Zeitschrift „Das Sturmbanner“, gefunden und beschlagnahmt. Einer der beiden Inhaber dieses Betriebes wurde verhaftet. Sein Kompanion ist flüchtig. Die Inhaber der zweiten Druckerei und zwei weitere Personen, die mit der Herstellung illegaler Schriften beauftragt waren, sind in Haft genommen worden.

Benizelos bleibt im Amt

Paris, 29. März. Wie Davos aus Athen meldet, ist bei der gestrigen Besprechung der Parteiführer, die unter dem Vorsitz von Jalmis abgehalten wurde, der Plan, eine Konzentration der Regierung zu bilden, gescheitert. Die Regierung Benizelos wird weiter im Amt bleiben. Griechenland wird den Zinsendienst für seine auswärtigen Anleihen am 1. April wieder aufnehmen.